

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich. Verantwortlich für die Redaktion: R. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2. Inserate für die viergespaltene Petitzelle oder deren Raum 60 Pfg. Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Auf zur Agitation!

Es wird Herbst! Die schönen Tage, die uns der heurige Sommer ohnehin in recht spärlichem Maße beschert hat, gehen zur Neige. Die Tagesdauer nimmt merklich ab und man spürt es immer mehr, daß der Winter naht. Für manche Branchen der Holzindustrie beginnt jetzt die Hochsaison, für das Gros unserer Berufsgenossen ist der Winter aber die Zeit der verminderten Arbeitsgelegenheit. Mancher Kollege denkt jetzt schon besorgten Herzens daran, daß es nun bald wieder „Freundzeitel“ regnen wird.

Die Entwicklung des Geschäftsganges im verflossenen Sommer ließ die Annahme begründet erscheinen, daß die schlimmste Zeit der Krise überstanden ist. War auch der Beschäftigungsgrad in der Holzindustrie, wie wir ihn beispielsweise in den Jahren 1906 und 1908 hatten, noch nicht erreicht, so ist doch die Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahre ganz bedeutend zurückgegangen. Zwar haben wir keine Gewißheit, daß die Krise definitiv überwunden ist, aber die unverkennbaren Anzeichen der eingetretenen Besserung berechtigen uns mit einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit in die Zukunft zu blicken. Die monatliche Fählung der Arbeitslosen, die von unserem Verband veranstaltet wird, gestattet einen Einblick in den Geschäftsgang der Holzindustrie, der um so zuverlässiger wird, je länger diese Statistik geführt wird. Interessant ist hierbei der Wechsel der Arbeitslosenziffer in den einzelnen Orten, welcher in den „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Tabellen, die nur die Zahlen für die einzelnen Gaue gibt, nicht in Erscheinung tritt. In der nachfolgenden kleinen Tabelle geben wir für einige größere Zahlstellen die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder, die jeweils am 30. September des Jahres gezählt wurden.

Zahlstellen	Zahl der Mitglieder (Stand am 30. Juni 1909)	Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder am 30. September			
		1906	1907	1908	1909
Berlin . . . . .	24 000	769	1007	1776	722
Hamburg . . . . .	6 787	181	285	307	302
Leipzig . . . . .	5 044	76	73	156	69
Dresden . . . . .	4 893	74	207	212	168
München . . . . .	4 143	84	115	108	82
Mürnberg . . . . .	4 075	14	10	190	39
Stuttgart . . . . .	2 828	4	21	38	29
Hannover . . . . .	2 598	56	90	181	155
Bremen . . . . .	2 581	52	68	68	87
Breslau . . . . .	2 462	22	69	128	58
Köln . . . . .	1 949	15	10	49	37
Frankfurt a. M. . . . .	1 782	27	75	126	44
Wien . . . . .	1 758	10	18	50	66

Diese Tabelle ist sehr lehrreich, sie zeigt zunächst, daß die Zahl der Arbeitslosen auch in den Großstädten sehr ungleichmäßig verteilt ist. Wenn auch die Tendenz zur Besserung im Jahre 1909 unverkennbar vorhanden und insbesondere in Berlin drastisch in Erscheinung tritt, so zeigen diese Zahlen doch Ausnahmen, die geeignet sind, vor einer allzu optimistischen Auffassung der Dinge zu warnen. Aber trotzdem haben wir Grund, vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken.

Es geht wieder kräftig vorwärts im Verband! Die Periode des Stillstands, die Zeit des Niederganges in der Mitgliederziffer ist überwunden. Haben wir im ersten Quartal des laufenden Jahres unsere Mitgliederzahl um 607 gesteigert, so weist die in der heutigen Nummer veröffentlichte Abrechnung für das zweite Quartal eine weitere Zunahme um 2897 Mitglieder aus. Unser Verband zählt am 30. Juni dieses Jahres 147 673 Mitglieder und er nimmt andauernd an den Mitgliedern zu. Ist auch die höchste Mitgliederziffer, die wir bereits besaßen, (im vierten Quartal 1906 151 717) noch nicht wieder erreicht, so ist die Hoffnung durchaus begründet, daß wir sie in recht kurzer Zeit überschritten haben werden.

Damit dürfen wir uns jedoch nicht zufrieden geben. Tausende von Holzarbeitern stehen noch außerhalb der Organisation. Gar mancher mag unter ihnen sein, der schon einmal Verbandsmitglied war; die meisten aber haben den Versuchen, sie unseren Reihen zuzuführen, bisher einen hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt. In der Regel zeigen sich die Berufsgenossen dem Organisationsglauben am wenigsten zugänglich, die eine Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage am dringendsten notwendig ist. Diese Tatsache müssen sich jene Kollegen stets vor Augen halten, die im Mißmut über die geringen Erfolge ihrer eifrigen Werbetätigkeit der Meinung Ausdruck

geben, es müsse erst noch viel schlechter werden, ehe es besser wird. Gewiß gibt es Fälle, wo Arbeiter durch die unerträgliche Bedrückung zur Verzweiflung getrieben, mit einem energischen Ruck ihr Joch abwerfen. Aber solche Ausbrüche der Verzweiflung sind selten erfolgreich und wenn wirklich momentan eine Besserung erzielt ist, so ist dieselbe meist nicht von dauerndem Bestand.

Wir dürfen uns also nicht darauf verlassen, daß die steigende Ausbeutung die gleichgültigen Massen von selbst zur Organisation treiben wird, sondern müssen mit zäher Energie unsere Aufklärungsarbeit fortsetzen, selbst dann, wenn sich trotz fleißiger Arbeit zunächst keine Erfolge zeigen wollen. Die unorganisierten Kollegen, besonders dort, wo sie in größeren Massen zusammenfließen — wir denken hierbei zum Beispiel an die Rodtmacher in gewissen Gebieten des Reiches —, müssen gewissermaßen wie Kinder betrachtet werden, die nicht einsehen können, daß die Erziehungsarbeit, die auf sie verwendet wird, ihnen selbst zugute kommt. Man darf sich durch den passiven Widerstand, den man findet, nicht abschrecken lassen, und muß diesen unerfahrenen Leuten immer und immer wieder sagen, daß es in erster Linie ihnen selbst nützt, wenn sie organisiert sind. Der an den Verband geleistete Beitrag, so hoch er auch im ersten Augenblick erscheint, ist kein weggeworfenes Geld, sondern eine Kapitalanlage, die reichlich Zinsen bringt. Die Agitatoren wiederum müssen sich vor Augen halten, daß jeder Zugang, den die Organisation erhält, ein Mittel ist, die Lebenshaltung der Kollegen auf der Höhe zu halten und sie weiter zu steigern.

Das gilt für alle im Verband organisierten Berufe. Und über der Agitation unter den Massen der Unorganisierten darf die Werbetätigkeit unter denen nicht verabsäumt werden, die in größerer oder kleinerer Zahl als Lukensteiner zwischen den Verbandsmitgliedern verstreut stehen. Diesen Kollegen muß das Unwürdige ihrer Haltung vor Augen geführt werden. Es muß ihnen zum Bewußtsein gebracht werden, daß es verächtlich ist, an den Errungenschaften der Organisation teilzunehmen, ohne sich selbst in die Reihe der Kämpfer zu stellen. Ist doch eine größere Zahl von Unorganisierten geradezu eine Gefahr für die Errungenschaften der Organisation. Die Veteuerung jener Nachkollegen, daß sie sich streng an die festgesetzten Arbeitsbedingungen halten, aber aus diesem oder jenem sachlichen Grunde der Organisation nicht beitreten wollen, haben keinen Wert. Wenn irgendwo, so gilt hier das Wort: Wer nicht für uns ist, ist wider uns. Unsere Gegner sind die Leute, die die Stärke unserer Organisation nicht zu schätzen wissen und es fällt uns ja nicht ein, diese Dinge zu verheimlichen. Sie wissen aber auch unsere Schwächen sehr gut auszunützen und werden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen dort am ehesten durchzuführen versuchen, wo unsere Organisation schwach ist. Nicht anders geht es uns mit unseren Versuchen, Verbesserungen herbeizuführen. Hier hängen die Unorganisierten wie ein Bleigewicht an unseren Füßen, das jeden Fortschritt hindert.

Das freundige Bewußtsein, daß der kritische Zeitpunkt überschritten ist, daß unser Verband wieder kräftig vorwärts marschiert, wird den Eifer der Kollegen beleben, sie zu neuer intensiver Agitationsarbeit anspornen. Das ist aber auch um so notwendiger, als die Unternehmer mit Macht rücken. Von den Unternehmern im Baugewerbe, im Malerberuf ist es bekannt, daß sie im kommenden Frühjahr zu einem neuen Schlage gegen die Arbeiterorganisation auszuholen wollen. Der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe hat seine Pläne bisher geheim gehalten; unmöglich ist es jedoch nicht, daß er, durch den Kampfesmut der Unternehmer in den anderen Berufen angestodt, es ebenfalls im Frühjahr zur Machtprobe treibt, und einen Kampf zu wiederholen versucht, wie den, zu welchem er uns im Jahre 1907 genötigt hat.

Wie sich die Dinge in der Holzindustrie gestalten werden, ist heute noch ungewiß. Das eine aber können wir heute schon sagen, man wird uns für alle Fälle gerüstet finden. Die Kollegen aber mögen der schweren Aufgabe, die der Organisation harrt, eingedenk sein. Wir müssen unser Rüstzeug vervollständigen, wir müssen noch viel mehr Mitglieder dem Verband zuführen. Je zahlreicher das Heer unserer Organisation ist, desto größer werden die Erfolge sein, die wir erringen. Die Zeiten sind ernst, aber gerade der gegenwärtige Moment ist für die Agitation besonders günstig. Nutzen wir die Gelegenheit aus: **Arbeiten wir!**

## Verschmelzung von Zahlstellen.

Mit dem Anwachsen unserer Organisation ist die Existenz von selbständigen Zahlstellen in den einzelnen Orten, die zu einem ungetrennten Industriegebiet gehören, mehr und mehr als Mißstand empfunden worden. So lange unser Verband noch klein war und es vor allem galt, Agitation zu treiben, mußte die Gründung jeder neuen Zahlstelle mit Freuden begrüßt werden. War doch damit ein neuer Stützpunkt für die Agitation gewonnen. Es läßt sich in der Tat nicht bestreiten, daß in einem kleinen Orte die Kollegialität und das Vereinsleben viel besser gepflegt werden kann, als in der Großstadt. Hier ist es, schon wegen des Mangels an genügend großen Lokalen, nur in den seltensten Fällen möglich, alle oder auch nur die große Mehrheit der Mitglieder zu den Versammlungen zusammenzubringen. Je größer die Stadt, desto vielfältiger sind die Verpflichtungen, die der Einzelne zu erfüllen hat und mancher wird dadurch öfters am Besuch der Versammlungen verhindert als ihm selbst lieb ist. Anders ist es im kleinen Ort. Hier ist eher damit zu rechnen, daß die Mehrheit der Kollegen regelmäßige Versammlungsbesucher sind. Die Mitglieder lernen sich persönlich näher kennen, was die Agitation unter den Außenstehenden wesentlich erleichtert. Das System der Bezirksversammlungen, welches in den Großstädten ausgebildet ist, bietet dafür keinen vollen Ersatz.

Wenn es sich nur um die Betreibung der Propaganda handeln würde, dann könnte es gar nichts Besseres geben, als recht viele kleine Zahlstellen zu bilden, dann wäre sogar die Zerlegung der großen Städte in eine Reihe von Bezirken mit je einer selbständigen Zahlstelle ein erstrebenswertes Ziel. Der Deutsche Holzarbeiterverband ist aber längst über das Stadium der Propagandagesellschaft hinaus. Wenn auch nach wie vor auf das eifrigste agitiert werden muß, so hat der Verband daneben so viele praktische Aufgaben zu erfüllen, daß bei der Gliederung unserer Organisation dieser Gesichtspunkt der Entscheidung sein muß. Vor allen Dingen kommt die Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen und die Sicherung der errungenen Erfolge in Betracht. Es ist jetzt zur Regel geworden, Lohnbewegungen mit dem Abschluß eines Tarifvertrages zu beenden. Unter diesen Tarifverträgen soll aber nicht nur der Hauptort des Industriegebietes, sondern auch dessen Vororte fallen, die mit dem Hauptort zwar keine politische, wohl aber eine wirtschaftliche Einheit bilden. Das liegt nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem der Unternehmer, welchen andernfalls in den Vororten mit schlechteren Arbeitsbedingungen eine recht empfindliche Konkurrenz bereitet würde.

Daraus ergibt sich, daß bei Lohnbewegungen die in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet belegenen Zahlstellen gemeinsam operieren müssen. Im großen und ganzen wird sich ja eine Verständigung in den einzelnen Absähen der Bewegung leicht erzielen lassen. Aber der Fall ist denkbar und dürfte auch schon vorgekommen sein, daß es zwischen den einzelnen Zahlstellen und Verwaltungen zu Mißverständnissen kommt, die der Sache wenig dienlich sind. Dazu kommen noch andere Momente. Wir erinnern nur an die Arbeitslosenunterstützung, welche eine geregelte Arbeitsvermittlung zur Notwendigkeit macht. Es ist einleuchtend, daß die Befriedigung des Angebots und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt um so leichter ist, je größer das zu versorgende Gebiet ist. Die Vielheit der Zahlstellen, die als Arbeitsvermittlungszentralen in Betracht kommen, kann hier direkt zum Uebel werden.

Ein sehr wichtiger Punkt ist die Frage der Lokalbeiträge, welche in der großen Mehrzahl der Zahlstellen erhoben werden. Jede einzelne Zahlstelle ist in dieser Beziehung autonom. Sie bestimmt die Höhe des Lokalen Extrabeitrages und auch der Gegenleistung, die dafür dem Mitgliede gewährt wird. Sind in den Zahlstellen des Industriegebietes die Lokalbeiträge und Gegenleistungen nicht genau in der gleichen Weise bemessen, dann kann das zu sehr ärgerlichen Differenzen und Unannehmlichkeiten führen, zumal eine einheitliche Bestimmung darüber, ob das Mitglied der Zahlstelle seines Wohn- oder seines Arbeitsortes angehören muß, nicht existiert und sich auch nicht leicht schaffen läßt. Eine solche Bestimmung würde aber auch bei der starken Fluktuation gerade innerhalb der Orte eines einheitlichen Industriegebietes wenig helfen.

Wie man sieht, sprechen sehr gewichtige Gründe für die Verschmelzung der in Betracht kommenden Zahlstellen. Andererseits darf jedoch nicht verkannt werden, daß es den Kollegen in den kleineren Orten nicht leicht fällt, ihre Selbständigkeit aufzugeben, und wenn sie sich darauf be-

rufen, daß der Zusammenhalt der Kollegen ein viel besserer ist, wenn sie eine eigene Zahlstelle bilden, dann wird man ihnen nicht ohne weiteres Unrecht geben können. Wiederholt haben sich auch schon unsere Verbandstage mit dem Problem beschäftigt. Auf dem Verbandstage in Köln 1908 wurden Anträge, welche verlangten, daß die Zahlstellen in einem abgeschlossenen Industrie- oder Wohngebiet oder, wie es in dem anderen Antrage ausgedrückt wurde, — kleinere Zahlstellen in unmittelbarer Nähe großstädtischer Zahlstellen — sich zu verschmelzen haben, angenommen. In einigen Fällen ist auch, diesem Beschluß entsprechend, verfahren worden. Aber durchaus nicht allgemein. Dem Verbandstage in Stettin 1908 lagen deshalb neue Anträge vor, die sich in der gleichen Richtung bewegten, aber insofern weitergingen, als sie die in Frage kommenden Orte namhaft machten. Diese Anträge wurden nicht angenommen, sondern dem Vorstände überwiesen.

Die Stellung des Verbandsvorstandes in dieser Frage ist schwierig. Die Verschmelzung der Zahlstellen ist notwendig, darüber gibt es keinen Zweifel. Eine Frage ist es nur, ob es im Verbandsinteresse liegt, die Verschmelzung zu erzwingen. Bei ruhiger Betrachtung der Dinge muß diese Frage verneint werden. Der Vorteil der Verschmelzung könnte leicht illusorisch gemacht werden, wenn diese mit Widerwillen erfolgt. Wir brauchen tüchtige Verbandsmitglieder, die ihre Verbandspflichten mit Lust und Liebe erfüllen, und wir haben alle Ursache, Mißstimmung unter den Kollegen zu vermeiden. So lange die Kollegen in den in Frage kommenden Orten der Meinung sind, daß für ein richtiges Arbeiten im Interesse der Organisation die Existenz einer selbständigen Zahlstelle unerlässlich ist, empfindet es sich, von einer Fusion durch den Vorstand Abstand zu nehmen. Es hat sich schon in wiederholten Fällen gezeigt, daß dieselben Kollegen, die sich jahrelang mit aller Entschiedenheit gegen die Verschmelzung der Zahlstellen gestraut haben, schließlich selbst zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß eine längere Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit ihrer Zahlstelle gleichbedeutend ist mit einer Schädigung der Verbandsinteressen.

Ein sprechendes Beispiel hierfür ist die Zahlstelle Wandsbek. Auf dem Verbandstage in Köln hat der Delegierte von Wandsbek sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Verschmelzung seiner Zahlstelle mit Hamburg ausgesprochen. Ein solcher Beschluß, erklärte er dort, würde in Wandsbek böses Blut erregen. Derselbe Kollege konnte aber im Juni dieses Jahres dem Vorstand mit Befriedigung mitteilen, daß sich jetzt die Zahlstelle mit erheblicher Mehrheit für den Zusammenschluß ausgesprochen habe. Er, der früher ein entschiedener Gegner der Verschmelzung war, gesteht jetzt zu, daß es ihm große Mühe gemacht hat, den Beschluß herbeizuführen. Der Kollege ist von seiner früheren Ansicht abgekommen, „denn“, so erklärt er, „ich habe mir gesagt, es geht so nicht mehr weiter; nachdem sich unser Gewerkschaftskartell an Hamburg angeschlossen hat, und wir unter einem Vertrag stehen, ist es ratsam, diesen Schritt zu tun.“ — Wir begrüßen es, daß sich mit der Zahlstelle Wandsbek auch die Zahlstelle Schiffbeck ab 1. Oktober Hamburg angeschlossen hat. Wir zweifeln nicht daran, daß auch die Kollegen, welche Gegner des Beschlusses waren, sich als Mitglieder der größeren Zahlstelle wohlfühlen, und daß sie auch in dieser, wie früher, ihre Verbandspflichten mit Eifer und Umsicht erfüllen werden, zum Wohle unserer Organisation. Zu wünschen wäre nur, daß das hier gegebene Beispiel in anderen Gebieten, wo ähnliche Verhältnisse herrschen, bald Nachahmung findet.

**Vertragsfragen im Holzgewerbe.**

**II.**

-st.- Im letzten Artikel haben wir schon angedeutet, daß die Verhandlungen in Kassel dazu dienen sollten, der Leitung des Arbeitgeberschutzverbandes die nötigen Informationen über die Absichten des Holzarbeiterverbandes zu beschaffen. Dort wurde bekanntlich auch von den Arbeitgebern mitgeteilt, daß alle Verträge, welche im Jahre 1908 zum Ablauf gebracht werden konnten, vom Schutzverband gekündigt werden würden, um den gemeinsamen Ablaufstermin, 12. Februar 1910, auch für diese zu erzwingen. Unser Verbandsvorstand dagegen sagte die Dinge wesentlich anders auf und machte der Konferenz eine Vorlage, betr. „Regeln für die Klasseneinteilung der Städte hinsichtlich der Arbeitszeit“, die vorher auch von dem christlichen Holzarbeiterverband und dem Gewerksverein anerkannt war. In diesen Regeln, die feinerzeit veröffentlicht sind, wurde zunächst ausgesprochen, daß die außerordentliche Ungleichheit in den bestehenden Arbeitsbedingungen sowohl ein Schaden für die Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer ist und, daß das Fortbestehen der ungünstigen Arbeitsbedingungen in den zurückgebliebenen Orten eine direkte Gefahr für beide Teile und für das Gewerbe überhaupt bedeutet, indem dadurch den Arbeitgebern die Konkurrenz und den Arbeitern das Streben nach Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage erschwert wird. Es wird dann weiter gesagt:

„Nachdem in den meisten größeren Industrieorten bereits der Meinstundentag eingeführt ist, in den Großstädten eine noch kürzere als die 54 stündige wöchentliche Arbeitszeit, und in den mittleren Orten fast allgemein eine Maximalarbeitszeit von 57 und weniger Stunden pro Woche schon besteht, kann als nächstes Ziel der geplanten Städteinteilung aufgestellt werden, die Höchstdauer der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe baldigst auf 9½ Stunden pro Tag zu beschränken und eine Klassifizierung in dem Sinne in Aussicht zu nehmen, daß

die normale Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe in absehbarer Zeit auf neun Stunden pro Tag festgesetzt wird.“

Dabei wurde als selbstverständlich ausgesprochen, daß in den Großstädten auch ferner eine kürzere als neunstündige Arbeitszeit bestehen soll und dann im Absatz 9 gesagt:

„Solange eine völlige Gleichmäßigkeit in der Dauer der Arbeitszeit allgemein nicht möglich ist, muß bei der Klassifizierung der Städte von der Rücksichtnahme auf folgende Bedingungen ausgegangen werden: a) Die Größe der Stadt. b) Die Nähe einer Großstadt. c) Die Bedeutung der Industrie am Orte. d) Die Betriebsart. e) Rücksicht auf Nachbarstädte und verwandte Betriebe. f) Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter.“

Ausgesprochen wurde auch in den „Regeln“, daß in den einzelnen Städten oder Betrieben vorhandene bessere Bedingungen nicht zugunsten einer Egalisierung verschlechtert werden dürfen.

In den Ziffern 11—13 enthält das Regulativ Bestimmungen über die Art der Durchführung der Staffellung und zwar wird gesagt:

„Die Klassifizierung der Städte hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit und deren angemessene spätere Verkürzung erfolgt durch Vereinbarung zwischen den Zentralvorständen der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, nach vorausgegangener Befragung der in Betracht kommenden Ortsvereine. Die Vereinbarungen zwischen den Zentralvorständen erlangten Gültigkeit, sobald die beiderseitigen Verbandstage ihre Sanktion erteilt haben. In den Städten, in welchen die Dauer der Arbeitszeit durch die allgemeine Klassifizierung festgelegt ist, scheidet diese Frage bei den sonstigen Vertragsverhandlungen am Orte aus. Die durch die Vereinbarung der Zentralvorstände festgelegte Arbeitszeit ist in dem Arbeitsvertrag für den betreffenden Ort aufzunehmen.“

12. In den Vereinbarungen der Zentralvorstände ist auch festzulegen, an welchem Zeitpunkt die vertragliche Arbeitszeit in den einzelnen Städten zur Durchführung gelangen soll. Die beiderseitigen Organisationen haben die Verpflichtung, für die Durchführung und Einhaltung dieser Vereinbarungen mit allen Mitteln einzutreten.

13. In einer zu vereinbarenden regelmäßigen Frist treten die Zentralvorstände aufs neue zusammen, um eine jeweilige, den veränderten Verhältnissen entsprechende Revision der Städteinteilung vorzunehmen.“

Der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes erkannte diese Regeln ausdrücklich an, ohne allerdings daraus nun auch die Konsequenzen zu ziehen. Von unserem Verbandsvorstande war nämlich eine Probestaffellung einer größeren Anzahl Städte vorgenommen und zwar derjenigen Städte, für welche der Schutzverbandsvorstand die Kündigung in Aussicht gestellt hatte. Bei der Auseinandersetzung hierüber wurde unseren Vertretern bereits klar, daß die Durchführung der Staffellung, selbst wenn der gute Wille beim Vorstand des Schutzverbandes vorhanden gewesen wäre, keine leichte Sache sein würde. Aber auch der gute Wille fehlte wieder bei den meisten der in Frage kommenden Herren. Wieder wurden deren Handlungen bestimmt nicht von der Absicht, dem Gewerbe für eine Reihe Jahre Ruhe zu bringen, sondern von dem Bestreben, dem Holzarbeiterverband eins auszuwischen. Obwohl sich die Vorschläge unserer Vertreter bezüglich der Arbeitszeit für die einzelnen Orte streng im Rahmen der vom Schutzverband anerkannten Möglichkeiten waren, wurden dieselben aber „wegen Unmöglichkeit“ abgelehnt und irgendwelche Entgegenkommen überhaupt nicht gezeigt. Ja, man erklärte sogar ausdrücklich, „daß die gegenwärtige Zeit für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt nicht geeignet sei“.

Bei den Kasseler Verhandlungen kam neben der Anerkennung der „Regeln“ nichts weiter heraus. Wie in Aussicht gestellt, wurden die Verträge vom Schutzverband gekündigt und die „Nachzeitung“ verkündete in jeder Nummer, „daß mit Rücksicht auf die allgemeine Lage des Gewerbes von irgendwelchen Zugeständnissen seitens der Arbeitgeber nicht die Rede sein könne, daß die Arbeiter froh sein sollten, wenn die Arbeitgeber eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nicht eintreten lassen würden.“ Die Arbeitgeber in den einzelnen Orten wurden geradezu verhöhnt, nur ja auch nicht das geringste Zugeständnis zu machen. Und so feierte auch die Staffellidee bei den von den einzelnen Orten stattfindenden Verhandlungen keineswegs Triumph, sondern es wurde immer klarer, daß der Schutzverband derselben keine Geltung verschaffen wollte. Ja, es kam hier ausgesprochen werden, daß die Schuld an der späteren Rebellion der Unternehmer in einer Reihe Orte gegen den Leipziger Schiedspruch hauptsächlich dem Vorstande des Schutzverbandes beizumessen ist. Wenn man monatlang den Arbeitgebern draußen im Lande erzählt, „Ihr könnt nicht das geringste Zugeständnis machen“, sie nach allen Regeln der Kunst aufputscht und ihnen alle möglichen und unmöglichen Versprechungen macht, weil man das Augenmaß für die tatsächlichen Verhältnisse vollständig verloren hat und dann, wenn man wieder zur Besinnung kommt, denselben Arbeitgebern plausibel machen muß, daß sie ohne Zugeständnisse keinen Vertrag erhalten werden, dann gehört, um dieses begreifen zu können, eine besser geschulte Masse dazu, als die im Schutzverband organisierten Tischlermeister es sind.

Das Leipziger Schiedsgericht, unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch, kam dann zustande, weil der Schutzverbandsvorstand die Verantwortung für einen Kampf in solcher Ausdehnung zu jener Zeit absolut nicht tragen

konnte. Unsere Führer stimmten dem Versuch einer friedlichen Verständigung selbstverständlich zu. Leider kam die Einsicht den leitenden Kreisen des Schutzverbandes reichlich spät, sonst wären die Dinge in Frankfurt, Magdeburg, Essen usw. schließlich doch wohl noch etwas anders gegangen als das leider der Fall war. Immerhin ist es erfreulich, daß die Einsicht nicht zu spät kam, wenn auch das Einklinken ziemlich schwierig wurde. Am 5. April 1908 schrieb die „Nachzeitung“:

„Möge der Schiedspruch, dem sich alle Städte unterwerfen müssen, auch den Arbeitgebern einige Opfer auferlegen...“

Nur ganz kurze Zeit vorher hatte es dort geheißen, daß die Arbeitgeber „Opfer überhaupt nicht tragen könnten“, und wenige Wochen später sollten eine Anzahl Schiedsprüche „nicht zu Recht bestehen“! — Konsequenz! Ohne Zweifel hat aber das Schiedsgericht, abgesehen von allen Neben Umständen, eminent praktische Arbeit geleistet. Es hat nicht allein den Frieden für die in Frage kommenden Orte für einige Jahre gesichert, sondern auch die Grundlage der Staffellidee festigt und in der Staffellung selbst praktische Arbeit geleistet. Die Staffelfrage hat einen breiten Raum in den Verhandlungen des Schiedsgerichts eingenommen, und es ist für die weitere Entwicklung der Angelegenheit wertvoll, daß zu dieser Zeit sowohl das Schiedsgericht wie die Parteien die Staffellung an und für sich als wünschenswert ansahen und das Exposé als Richtlinie für die Schaffung ausdrücklich und wiederholt anerkannten. Das Protokoll der Sitzung vom 24. März besagt über die Behandlung der Frage:

„Weiter wird verhandelt über die Klassifizierung der einzelnen Städte, mindestens was die Arbeitszeit anlangt. Ueber die in einem von Leipzig-Stuttgart vorgelegten Exposé niedergelegten Richtlinien herrscht Uebereinstimmung, mit der Maßgabe, daß weitergehende örtliche Bestimmungen Sonderbeschlüssen vorbehalten bleiben müssen.“

und im Protokoll der Sitzung vom 4. April 1908 heißt es: „Die Regeln der Klasseneinteilung der Städte, aufgestellt in Kassel, werden als beachtenswert anerkannt.“ Unsere Vertreter glaubten annehmen zu dürfen, daß es gelingen würde, eine größere Anzahl Städte „staffeln“ zu können und darum gab im Namen des Vorstandes Kollege Becker in der Sitzung vom 25. März 1908 folgende Erklärung ab:

„Falls in der Staffellung der deutschen Städte hinsichtlich der Arbeitszeit eine Einigung erfolgt, so sollen die dann festgesetzten Arbeitszeiten für die nächste Vertragsperiode Geltung haben, dergestalt, daß bei einer künftigen Neuberatung der jetzt abzuschließenden Verträge der Punkt der Arbeitszeit ausbleibt.“

Unter der „weiteren Vertragsperiode“ ist der Zeitraum von drei Jahren zu verstehen, so daß die Arbeitszeit für die gestaffelten Städte auf sechs Jahre festgelegt gewesen wäre. Die Staffellung wurde jedoch auf spätere Zeit vertagt. Immerhin gelang es, einige Städte auf ein Maß bezüglich der Arbeitszeit zu bringen, daß man diese als „gestaffelt“ ansehen kann. Es sind dieses Hamburg mit 52, Kassel 53, Potsdam 53, Frankfurt 52 und Magdeburg mit 53 Stunden. In den letzten beiden Orten haben dann die Arbeitgeber den Schiedspruch nicht anerkannt, so daß sie vorläufig ausscheiden. Aber auch die meisten übrigen Städte sind dem Maß, welches bei der Staffellung in Anwendung kommen müßte, ziemlich nahe gebracht. Die nachfolgende Aufstellung möge dieses veranschaulichen. Die erste Zahl ist die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit, welche zur Zeit der Verhandlung des Schiedspruches bestand, die zweite Zahl ist die Arbeitszeit, welche innerhalb der Vertragsperiode erreicht wird und die dritte ein Staffellungsvorschlag:

Stuttgart	54, 53, 52	Stunden
Forst	57, 56, ?	„
Detmold	56, 55, 54	„
Lage	57, 55, 54	„
Herford	57, 55, 54	„
Eberfeld	54, 54, 53	„
Chemnitz	57, 55, 53	„
Posen	58, 56, 54	„
Neumünster	57, 56, 54	„
Stralsund	60, 58, ?	„

Zu bemerken ist hierbei, daß Forst die 55stündige und Stralsund die 57 stündige Arbeitszeit in der nächsten Vertragsperiode bekommen soll. Dieses wurde vom Schiedsgericht protokolllarisch festgelegt.

**Der „Reichswahrheitsverband“ gegen unsere Organisation.**

Die nachfolgenden Zeilen zeigen wieder einmal, in welcher schamloser Weise auch die Gewerkschaften von dem Verband mit dem langen Namen bekämpft werden. In Lauterberg am Harz haben wir in der dort dominierenden Stuhlindustrie ein Unternehmertum, welchem alle Mittel zur Unterdrückung der gewerkschaftlichen Organisation recht sind. Es konnte deshalb auch nicht wundernehmen, daß diese Fabrikanten bald mit dem „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ in Verbindung traten, um von demselben Hilfe gegen die „auffässigen“ Arbeiter zu erlangen. Im Wahlkampf des Jahres 1907 noch brachte der Reichsverband in dem betreffenden Wahlkreise nur durch Flugblätter, die auf den Dörfern verteilt wurden, seine „Wahrheiten“ an den Mann. Aber schon im Herbst desselben Jahres, während in Lauterberg der wirtschaftliche Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern, welcher letztere bekanntlich 300 Stuhlarbeiter circa ein halbes Jahr ausgesperrt hatten, tobte, verdrückte man sich Redner des

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Altenessen (Schmeß u. Diepenbrock), Celle, Eilenburg, Frankfurt a. M., Fürth i. B. (Spiegel- und Möbelfabrik Lorenz Scheidig), Heidelbergl, Kamen b. Dortmund, Liegnitz (Möbelfabrik Guntner), Lützenwalde, Ludwigshafen a. Rh., Magdeburg, Mannheim, Münchauerach (Wöh), Muskau, Paderborn (Nauber), Pforzheim, Rathenow, Schöneberg-Berlin (Wautschlerei Bergow), Schwenningen i. Württ. (Möbelfabrik Lauffer), Sommerfeld, Zell-Schoppheim, Meran in Tirol, Schweden, London.

Korbmachern nach Bremen (Gebr. Stolle), Loitz, Stettin.

Drechsler nach Bodenem, Lützenwalde, Nürnberg (Wolff).

Stellmachern nach Berlin (Erdmann u. Rossi, Linienstraße), Reinickendorf bei Berlin (Motorwagenfabrik).

Mobeltischlern nach Berlin (Borrmann u. Raerting), Kothenburg a. Saale (Prinz Carlshütte), Tangerhütte (Mewes).

Bergoldern, Polierarbeitern und Rahmenschreibern nach Zürich und Schweden.

Polierern nach Berlin (Erdmann u. Rossi).

Reichsverband aus Hannover, die dafür sorgen sollten, daß die Arbeiter auch in Lauterberg vom „Joch der Sozialdemokratie“ befreit würden. Der offene, eheliche Kampf in öffentlicher Versammlung scheint aber den Herren nicht gut bekommen zu sein, denn bald schickte man einen früheren Schlossergesellen, der in Hannover auf Kosten des Reichsverbandes „ausgebildet“ war, nach Lauterberg, der hier nun eine Geschäftsstelle des Reichsverbandes eröffnete.

Es war von Anfang an anzunehmen, daß dieses „Reichsverbands-Sekretariat“ seine finanzielle Stütze insbesondere bei den Stuhlfabrikanten finden würde und daß seine Haupttätigkeit darin bestehen werde, der gewerkschaftlichen Organisation der Stuhlarbeiter Hindernisse zu bereiten. Was wir voraus geahnt haben, ist Tatsache geworden.

Wie die Finanzierung dieses Reichsverbands-Sekretariates mit einem ständigen Sekretär in einem Orte von 5600 Einwohnern möglich ist, wird man allerdings nie genau erfahren können, weil diese Herren selbstredend ihre Finanzwirtschaft streng geheim halten. Festgestellt sei aber, daß die zuständige Bezirkszentrale des Reichsverbandes in Hannover ständig an Geldmangel leidet und deshalb nach Lauterberg sicherlich kein Geld abschickt, zumal das Lauterberger Sekretariat für sie ja keinen allgemeinen Wert besitzt. Wahr ist weiter, daß neben dem Lauterberger Bürgermeister, einem pensionierten Offizier, der sogar so freundlich war, für den zurückgehenden Sekretär des Reichsverbandes eine Wohnung zu mieten, vor allem die Stuhlfabrikanten ein Interesse an der Entwicklung des Reichsverbandes haben. Man geht deshalb wohl nicht fehl, wenn man folgert, daß auch die Fabrikanten die zur Erhaltung des Sekretariats notwendigen Geldmittel beschaffen.

Der Herr Sekretär hat denn auch von vornherein sich dankbar erwiesen. Er war fast täglicher Gast in den Büros der Fabrikanten und hat dort manchen Judasstreich gegen die organisierten Stuhlarbeiter ausgeheilt. Ein förmliches System der Hinterträgei wurde durch ihn ins Leben gerufen, wobei ihm die noch vorhandenen „Arbeitswilligen“ vom Jahre 1907 vielfach gute Dienste leisteten. Als dann im August 1908 sämtliche Stuhlfabrikanten zu einer Aktiengesellschaft zusammentraten, wodurch die Abhängigkeit der Arbeiter natürlich noch größer wurde, wie sie bisher schon war und als im darauffolgenden Winter die Krise auch in Lauterberg ihre Wirkung ausübte, da blühte der Weizen des Reichsverbandes.

Da durch die Krise ein Teil der vorhandenen Arbeitskräfte überflüssig war, wurden erstmals tätige organisierte Kollegen herausgeholt, die zur Entlassung kamen. Aber nicht genug damit, man übte auch auf die in den Fabriken verbliebenen Organisierten in schamloser Weise einen Druck aus, um dieselben dem Reichsverband abtrünnig zu machen und sie dafür in den Reichsverband hineinzuzwingen. Das in Lauterberg vielfach übliche System der gut bezahlten Afforde, die als Ausgleich gegenüber den durchweg schlechten Affordens dienen sollen, wurde in ausgiebigem Maße angewandt. Die getreuen Reichsverbändler erhielten besser bezahlte Arbeiten, während die ehrlieh ihre Verbandszugehörigkeit eingestehenden Kollegen mit den schlechter bezahlten Afforden bedacht wurden, wodurch letztere vielfach mit Wochenverdiensten nach Hause gehen mußten, wie sie im allgemeinen bisher selbst in der Lauterberger Stuhlfabrik etwas Seltenes waren.

Dazu kamen dann die durch den Reichsverbandssekretär gepflegten und angebrachten Denunziationen solcher Kollegen, die in der Organisation mit tätig waren. So wurde einem unserer Kollegen, der sich nach dem Grunde seiner Entlassung erkundigte, von einem Betriebsführer der Aktiengesellschaft „Germania“ ausdrücklich gesagt, daß der Reichsverbandssekretär die Entlassung auf dem Hauptbureau der „Germania“ ausgemacht hätte und dagegen nichts zu machen sei. In offener Weise wurde den organisierten Kollegen gesagt, entweder raus aus dem Verbands, oder raus aus der Fabrik. In Gegenwart eines Direktors der „Germania“ wurde einem Kollegen durch einen Werkmeister, der sich besonders für den Reichsverband interessiert, gesagt, wenn

er nicht aus dem Verbands scheidet, müsse er die Arbeit verlassen. Ja selbst die Mitgliedschaft im Arbeitergesangverein mußten besonders abhängige Kollegen auf Verlangen der Fabrikgehaltigen aufgeben.

Was unter den entlassenen Verbandskollegen hier und da einer, der durch die monatelange Arbeitslosigkeit müde gemacht, sich bereit erklärte, die Mitgliedschaft im Verband aufzugeben, dann war der Herr Reichsverbandssekretär flugs bei der Hand, um für diesen Proselyten wieder Einlaß in der Fabrik zu schaffen. Seine guten Verbindungen bei der „Germania“ bewirkten dann auch regelmäßig baldige Wiedereinstellung.

In der unverschämtesten Weise ist in Lauterberg also von dem hierzu angestellten Reichsverbandssekretär und den Fabrikpächtern gegen die Mitglieder des Solzarbeiterverbandes Terrorismus geübt worden und doch schreien diese Herren immer über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten.

Die Wirkung aber, die im wesentlichen durch diese unausgesetzte Schikaniererei ausgelöst wurde, hatten die Herren wohl nicht erwartet. Eine größere Anzahl meist beruflich sehr tüchtiger Kollegen haben zum Wanderstabe gegriffen, um dem Lauterberger Eldorado für immer Valet zu sagen. Sicherlich werden die Lauterberger Fabrikanten diese Abgewanderten in Zeiten guter Geschäftslage noch vermissen. Wir aber wollen bei dieser Gelegenheit nicht veräumen, die Lauterberger Kollegen erneut daran zu erinnern, daß durch die Abreise der Arbeitskräfte auch in Lauterberg bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

Mag durch die erbärmliche und gewalttätige Kampfweise der Lauterberger Unternehmer und ihrer Trabanten unserer dortigen Bewegung auch zeitweise Schwierigkeiten bereitet worden sein, dauernden Schaden wird sie dadurch nicht haben. Denn selbst der mit wahrer Schatzgebuld ausgestatteten großen Masse der Stuhlarbeiter in Lauterberg ist durch die Abzugspolitik der Unternehmer in der Zeit von 1897 bis 1906 und neuerdings in der letzten Krisenzeit endlich ein Licht ausgegangen, welches auch durch die Schmutzfluten des Reichsverbandes nicht mehr zum Verlöschen gebracht werden kann.

Die allmählich beginnende bessere Geschäftszeit wird und muß auch die Lauterberger Kollegen wieder auf dem Posten finden. Die von den Unternehmern gemachten Anstrengungen zur Unterdrückung des Verbandes werden auch den indifferenten Arbeitern den Wert der Organisation beweisen. Fleißigste Agitation unter den Unorganisierten aber wird heilige Pflicht aller organisierten Kollegen sein.

### Soziales.

#### Der Schnapsboykott.

Der gegen den Schnapskonsum gerichtete Beschluß des Leipziger Parteitagess hat in der gesamten Arbeiterpresse ungeteilten Beifall gefunden. Auch in den Versammlungen ist der Kampfruf gegen den Schnaps mit Begeisterung aufgenommen worden und die Wirkungen des Schnapsboykotts sind jetzt schon unverkennbar, zumal sich auch manche außerhalb der sozialdemokratischen Bewegung stehenden Organisationen der Boykottbewegung angeschlossen haben. In der bürgerlichen Presse sind die Ansichten über die Zweckmäßigkeit und die Wirkung des Boykotts natürlich sehr geteilt. Während in manchen Organen die Boykottbewegung mit Befriedigung begrüßt wird, wird in anderen die Möglichkeit eines ernsthaften Erfolges ernstlich in Zweifel gezogen. Daneben gibt es auch Zeitungen, die den Aerger über den Boykottbeschluß, der die heiligsten Güter der Schnapsjunkier schwer bedroht, durch den Spott verdecken wollen, den sie über den Leipziger Beschluß ausgehen. Der Beschluß wird als lächerlich und unaufrichtig hingestellt, oder man bezeichnet ihn als nicht ernst gemeint. Ganz Schlaue verstanden triumphierend, daß die ganze Bewegung ein Schlag ins Wasser sei, da die Schnapsbrenner durch den Boykott des Branntweins gar nicht getroffen würden.

So brachte die „Post“ am 8. Oktober unter der Überschrift: „Der Schnapsboykott — ein verfehltes Experiment?“ die folgende Notiz:

„Daß der Schnapsboykott, der von dem sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig beschlossen wurde, seine Wirkung vollständig verfehlt, behauptete am Mittwoch, der gerichtliche Sachverständige für Spiritusindustrie, Landtagsabgeordneter Max Schulz-Berlin, in der Versammlung des Vereins Berliner Weißbierwirte. Herr Schulz erklärte, der Leipziger Beschluß dokumentiere, daß von den gesamten Beratern der Sozialdemokratie kein einziger das neue Branntweinsteuergesetz und seine Wirkung richtig kenne. Der Schnapsboykott solle, nach Ansicht der Sozialdemokraten, lediglich die Agitation treffen. Das sei jedoch nicht der Fall. Tatsächlich hätten auch agrarische Zeitungen bereits mit Recht darauf hingewiesen, daß der Boykott nichts schaden werde. Durch den Boykott des Schnapses würde nur der Gastwirt getroffen. Wollte man den Branntweinsbrenner treffen, dann müsse der Brennspiritus boykottiert werden. Im Gesetz sei vorgeschrieben, daß ein bestimmtes Quantum Spiritus denaturiert werden muß. Nur dann, wenn dieser „vergällte“ Spiritus unverkauft bleibt, ist der Schnapsbrenner gezwungen, seine Produktion einzuschränken, sonst nicht. — Was sagen nun die Sozialdemokraten?“

Die Antwort auf die hämische Frage des Scharfmacherblattes ist doch sehr naheliegend. Wenn wirklich der Schnapsjunkier durch den Schnapsboykott nicht getroffen werden, so ist die Enthaltensamkeit vom Schnaps doch ein erfolgreiches Mittel zur Hebung des Kultur-niveaus der deutschen Arbeiter, und dieser Grund allein rechtfertigt schon die energische Durchführung des Boykotts. In Wirklichkeit ist es aber gar nicht wahr, daß die Schnapsbrenner von der Verminderung des Branntweinkonsums nicht getroffen werden. Just an demselben Tage, an

welchem die „Post“ ihre spöttische Notiz brachte, war die Breslauer „Volkswacht“ in der Lage, einige Stellen aus dem Protokoll der Generalversammlung des Deutschen Spiritusfabrikantenvereins abzudrucken, die am 26. Februar in Berlin tagte, und Stellung nahm zu der Branntweinsteuervorlage und dem Rückgang des Trinktbranntweinkonsums. In dieser Versammlung, an welcher nicht weniger als sieben hohe Regierungsbeamte als Gäste teilnahmen, wurde bittere Klage geführt über die — für die Schnapsbrenner — so überaus schädliche Abstinenzbewegung, die schon zu einem merklichen Rückgang des Schnapskonsums geführt hat. Ein Rittersgutsbesitzer Förster aus Kontopp führte unter anderem aus, daß nur etwa drei Fünftel der Spiritusproduktion durch den Trinktbranntwein in den Konsum kommt. Aber nur diese drei Fünftel bringen Geld, die anderen zwei Fünftel Kosten. Die Schnapsbrenner sind deshalb bestrebt, den Schnapskonsum zu heben. Sie wollen das auch, wie der Vorsitzende des Vereins, Geheimrat Professor Dr. M. Delbrück, ausführte, gründlich tun. Die Schnapsbrenner wollen international gegen die Abstinenzbewegung vorgehen. Es soll mit einem Aufwand von 20 000 Mk. jährlich ein ernährungsphysiologisches Laboratorium eingerichtet werden unter der Leitung eines Privatdozenten Dr. Voelz, dem noch ein Mediziner und ein Chemiker zur Seite gestellt werden. Diese Herren sollen unter dem Deckmantel der Wissenschaft Propaganda für den Schnaps machen und dem Volke den Genuß von alkoholfreien Getränken verfehlen.

Sind diese Tatsachen schon an sich interessant, indem sie zeigen, welche Mühe sich die Interessenten geben, um das Volk mit Schnaps zu vergiften und zu verblöden, so beweisen sie zum Ueberflus, was von dem Verbands der „Post“ und ihrer Gewährsmänner zu halten ist, welche die Arbeiterschaft von der Durchführung des Branntweinboykotts abzuhalten suchen durch die Vorpiegelung, daß der Boykott wirkungslos wäre. Wenn wir es nicht schon ohnehin wüßten, dann hätten es uns jetzt die Spiritusfabrikanten bestätigt, wie sehr sie sich durch den Schnapsboykott getroffen fühlen. Wir haben aber durchaus kein Interesse daran, für das Wohlergehen der Schnapsbrenner zu sorgen; der Arbeiterschaft kann es im Gegenteil nur zum Vorteil gereichen, wenn diese Gesellschaft auf die Fortführung ihrer Tätigkeit verzichten würde. Wir erweisen den Arbeitern den besten Dienst, wenn wir für die volle Enthaltensamkeit vom Schnaps eine rege Propaganda entfalten.

Gegen die Anstellung von Arbeitern als Gewerbeaufsichtsbeamte wendet sich die scharfmacherische „Post“ mit einer Reihe fadenscheiniger Argumente. Das Blatt schreibt:

„Wo man auch die ehemaligen Arbeiter beschäftigen will, immer wird ihnen nur ein beschränkter und nicht leicht zu begrenzender Teil des Geschäftsgebietes eines Gewerbeaufsichtsbeamten überwiesen werden können. Besondere Schwierigkeiten würde die Auswahl solcher Beamten bereiten; selbst wenn man Persönlichkeiten finden würde, die ihr Amt mit Takt, Objektivität, Verschwiegenheit und Uneigennützigkeit, ohne unangemessene Betonung ihrer Amtswürde auszuführen, so ergeben sich doch auf politischem Gebiete kaum überwindbare Schwierigkeiten. Die Zugehörigkeit eines Arbeiters zur Sozialdemokratie z. B. ist, solange diese die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung bekämpft, mit den Pflichten eines preussischen Staatsbeamten unvereinbar. Schließt man sie aber öffentlichlich und grundsätzlich aus, so würden die neuen Beamten bei einem großen Teil der Arbeiter weniger Vertrauen genießen, als die akademisch gebildeten Aufsichtsbeamten, wenn nicht gar mannigfachen Belästigungen und Gefahren ausgesetzt sein. Ferner würden durch die Einstellung solcher Hilfsbeamten aus dem Arbeiterstande die Kräfte der Gewerbeinspektoren mit neuen Geschäften erheblich in Anspruch genommen und dem eigenen Revisionsdienst entzogen werden, ganz abgesehen noch von dem Entstehen erheblicher Mehrkosten. Ob durch derartige Maßnahmen die Masse der Arbeiter beruhigt und persönlichlich beeinflusst werden würde, steht ebenfalls in Frage, wie das Vertrauen von seiten der Arbeitgeber zu derartigen Gewerbeaufsichtsbeamten.“

Alle diese Bedenken werden am besten durch die Tatsache widerlegt, daß in Württemberg seit einer Reihe von Jahren dem Arbeiterstande entnommene Gewerbeinspektionsgehilfen im Dienst sind, die sich nach dem Urteil ihrer Vorgesetzten durchaus bewährt haben. Bei den Unternehmern haben diese Beamten, besonders in der ersten Zeit, allerdings mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Diese Schwierigkeiten, welche die Arbeitgeber machen, und die sich in mehreren Fällen zu grolllichen Beleidigungen steigerten, erklärt der Bericht der Gewerbeinspektion für das Jahr 1904 damit, daß „sie (die Arbeitgeber) sich durch die neueren Vorschriften in ihrer Stellung als Herren im eigenen Hause beeinträchtigt glaubten; auch sei es vielfach unangenehm empfunden worden, wenn verschiedene, nicht erlaubte Geschäftsgewohnheiten aufgedeckt wurden“. Auf solche Eigenarten der Unternehmer Rücksicht zu nehmen, liegt kein vernünftiger Grund vor. Im Gegenteil berechtigten die Erfahrungen, die in Württemberg gesammelt wurden, zu dem Verlangen, daß der Gewerbeinspektion überall dem Arbeiterstande entnommene Gehilfen beigegeben werden.

Bauarbeiterkongress in Hannover. Am 28. November, vormittags 10 Uhr, wird im Saale des Ballhofes in Hannover eine Bauarbeiterkongress für den Bereich der Hannoverschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft eröffnet. Alle Anfragen bezüglich der Kongress sind zu richten an Fr. Meißner in Hannover, Langestraße 2 II.



schlug aber dem Faß den Boden aus. Die Kollegen erklärten, es wäre möglich, daß am Sonnabend, den 2. Oktober, sämtliche Verbandsmitglieder die Arbeit einstellen. Und so kam es. Am Sonnabend lag der Betrieb gänzlich still. Der Hausmeister erklärte mittags, daß er das Feld räumen wollte. Er führte noch zu seiner Entschuldigung an, daß er Berliner Innungsmeister wäre und verpflichtet sei, seinem Kollegen Saalfeld aus der Verlegenheit zu helfen. Nachmittags hat die Verhandlung, welche die Firma selbst angebahnt hatte, zu dem Resultat geführt, daß am Montag, den 4. Oktober, sämtliche Kollegen die Arbeit wieder aufnehmen. Wenn die Kollegen immer so einig sind und die Versammlungen fleißig besuchen, dann werden auch in Zukunft die Arbeitgeber unseren Wünschen und Forderungen etwas mehr Rechnung tragen müssen.

**Roda (Sachsen-Altenburg).** Schon wieder sind wir genötigt, uns mit der Weltfirma Franz Richter zu beschäftigen. Die Behandlung der Kollegen in diesem Betriebe spottet jeder Beschreibung. Ausdrücke wie „Fauler Hund“, „Dummer Junge“, „Sozialistenpack“ usw. sind an der Tagesordnung. Die Arbeitseinteilung läßt hier viel zu wünschen übrig. Herr Richter hat sich Leute herangebildet, welche von seinem Schläge sind, und jedes Wort, welches in der Werkstätte gesprochen wird, ihm wieder zutragen. Hauptsächlich leisten die Nachkollegen Kosner und Sumner in dieser Beziehung vorzügliches. Letzterer dürfte auch der Zahlstelle Neustadt a. Orla in dieser Beziehung von früher her bekannt sein. Die Arbeitszeit wird von Herrn Richter nach Belieben eingerichtet. Zuschlag für Ueberstunden- oder Sonntagsarbeit kennt man nicht. Die Akfordarbeit ist hier vorherrschend, jedoch muß jedes Stück Holz förmlich herausgeholt werden. An der Maschine werden ungeübte Arbeiter beschäftigt; daß es dann mit der Maschinenarbeit sehr mangelhaft aussieht und Unglücksfälle an der Tagesordnung sind, wird jeder begreifen. Daß die Werkstätte der reinste Taubenschlag ist, beweist, daß man bloß elf Werkführer in einem Jahre hatte. Der Sohn des Herrn Richter folgt den Fußstapfen seines Vaters und scheint denselben noch übertreffen zu wollen. Wir ersuchen die reisenden Kollegen, das Umschauen zu unterlassen, da im ganzen Orte die Verhältnisse schlecht sind. Auch rufen wir den uns noch fernstehenden Kollegen zu: laßt den persönlichen Haß und schließt Euch dem Deutschen Holzarbeiterverband an, kämpft mit uns Schulter an Schulter; denn nur eine gute Organisation schützt vor Ausbeutung.

**Soltan.** In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt Kollege Garmas-Gannover einen Vortrag über das Thema: „Der Deutsche Holzarbeiterverband im Kampffahre 1907 und das Krisenjahr 1908.“ Seine interessanten Ausführungen wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es wäre zu wünschen, daß die an die Mitglieder gerichtete Ermahnung, recht fleißig zu agitieren, von allen Kollegen befolgt würde.

**Waltersdorf b. Buchholz i. Erzgeb.** Auch hier in diesem finsternen Winkel scheint es Licht zu werden, war es doch möglich, am 24. September eine Holzarbeiterversammlung abzuhalten, die sehr gut besucht war. Kollege Rastrowitz aus Schönheide referierte über: „Die Lage der ergebnislosen Holzarbeiter und wie können sie ihre Berufsinteressen vertreten.“ Redner behandelte, mit reichlichem Material ausgerüstet, die Lage der Holzarbeiter im Erzgebirge und legte den Kollegen klar, daß nur durch Zusammenschluß die Verhältnisse zu verbessern sind. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Daß es auch hier vorwärts geht, beweist, daß die Zahlstelle Buchholz sehr gute Fortschritte macht. Goffentlich gelingt es auch hier, die Kollegen der Organisation zuzuführen. Die Verhältnisse in Waltersdorf sind noch sehr verbesserungsbedürftig; so arbeiten die Maschinenarbeiter bei der Firma Alder noch für einen Lohn von 16 bis 18 Mk., trotzdem halten es dieselben nicht für notwendig, dem Verbands beizutreten, auch ein großer Teil der Tischler ist nicht organisiert. Kollegen, das muß anders werden. Legt Eure Gleichgültigkeit ab, zeigt, daß Ihr noch die Energie besitzt, Eure Lage zu verbessern, nur durch Zusammenschluß ist etwas zu erreichen. Kollegen von Waltersdorf, tretet ein in den Verband. Die Kollegen werden aufgefordert, die am Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr in Rudolf Stäblers Restaurant in Buchholz stattfindende Mitgliederversammlung recht zahlreich zu besuchen.

**Unsere Lohnbewegung.**

In Ahrensburg ist es nach fünfmonatlicher Sperre über den Betrieb von Eggers gelungen, die Firma zur Anerkennung des Tarifs zu bewegen. Obwohl es Herrn Eggers gelungen war, verschiedentlich Arbeitswillige zu engagieren, so ruhte auch die Organisationsleitung nicht und mußte Herr Eggers zu seinem Leidwesen wahrnehmen, daß die Arbeiter nach kurzer Dauer immer wieder die Arbeit einstellen. Am nun endlich Ruhe zu haben und ständige Arbeiter zu erhalten, hat sich Eggers dazu bequemt, den Tarif anzuerkennen. Die Sperre ist aufgehoben.

In Brand in Sachsen stehen die Kollegen in der Stuhl-fabrik A.-G. in einer Lohnbewegung. Verlangt wird eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 Proz. und ein Mindestlohn von 35 Pf. die Stunde. Trotz wiederholter Verhandlungen war bisher eine Einigung mit der Firma nicht zu erzielen. Die Kollegen haben nun die Kündigung eingereicht.

In Celle dauert der Abwehrkampf in der Stuhl-industrie unberändert fort. Die langwierigen Verhandlungen haben bisher nur ein teilweises Entgegenkommen der bestreikten Firmen gezeitigt. Wenn alle Beteiligten auch fernerhin treu zusammenhalten, so steht zu erwarten, daß auch die noch vorhandenen Differenzpunkte in Walde zugunsten der Arbeiter erledigt werden können.

In Freiburg i. Schl. hat die in der Ahrensfabrik eingeleitete Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung, nach recht umfangreichen Verhandlungen, mit einem Vertragsabschluß auf die Zeit von 3 Jahren geendet. Erreicht wurde für Lohnarbeiter eine Erhöhung der Löhne um 2 Pf. die Stunde, und des größten Teiles der Akfordpreise um rund 10 Proz.; ferner die Festsetzung von Durchschnittslöhnen, und zwar betragen dieselben für Tischler 37 Pf. die Stunde, für Schleifer 35 Pf., für Ma-

schinenarbeiter 33 Pf. und für Frauen (Poliererinnen) 17 Pf. Diese Sätze erhöhen sich jeweils am 1. August 1910 und 1911 um einen weiteren Pfennig. Garantie des durchschnittlichen Verdienstes bei neuen Arbeiten für die erste Akfordlieferung und Bemessung der Akfordpreise nach dem damit erzielten Lohnsatz; Bezahlung nach dem durchschnittlichen Verdienst bei vorübergehender Lohnarbeit. — Wenn hiermit auch nicht alle, an sich gewiß sehr berechtigten Wünsche der Kollegen und Kolleginnen erfüllt worden sind, so sind die Erfolge aber doch recht beachtenswerte. Für unsere Kollegen gilt es, unter Hochhaltung der Einigkeit unter sich, auf der geschaffenen Basis weiterzuarbeiten. Bei diesen Verhandlungen war die Feststellung der schier unglaublichen Konkurrenz der Regulatorgehäusefabrik in Johannegeorgenstadt sehr interessant, die gewiß auch nur auf Kosten der dortigen Kollegen gelöst werden kann.

In Fürth sind die Stuhl-, Möbel- und Spiegelschreiner sowie die Maschinenarbeiter der Firma Lorenz Scheidig am 11. Oktober in den Streik getreten. Es wird gebeten, den Bezug fernzuhalten.

In Lauban wurde bei der Firma Köder u. Sohn ein Tarifvertrag, mit Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, bis Februar 1912 abgeschlossen. In Betracht kommen hierbei etwa 23 Kollegen.

In Dieritz befinden sich die in den Möbelschlereien beschäftigten Kollegen in einer Lohnbewegung. Durch Verhandlungen ist es in letzter Woche gelungen, mit den größeren Betrieben zu dreijährigen Vertragsabschlüssen zu kommen, die den Kollegen recht erhebliche Verbesserungen bringen. Die Verhandlungen mit den übrigen Betrieben werden fortgesetzt. Bei der Firma Wentner dürfte der Streik vom 11. Oktober an unvermeidlich sein.

In Rosen befinden sich die Drechsler in einer Lohnbewegung. Sie verlangen die Verkürzung der jetzt 58 bis 66 Stunden betragenden Arbeitszeit auf 56 Stunden. Einen Mindestlohn von 40 Pf., für Wanddrechsler von 45 Pf. und 10 Proz. Zuschlag, wo bisher höhere Löhne gezahlt wurden; ferner Zuschläge für Ueberstunden. Außerdem ist ein Akfordtarif ausgearbeitet, der 22 Positionen enthält. Einige kleine Unternehmer haben den Vertrag unterzeichnet, die übrigen verhalten sich ablehnend. Verschiedene Wünsche, daß zuvor gestreikt wird, da sie anderenfalls die notwendige Preiserhöhung von den Tischlermeistern nicht bewilligt erhalten. Der Unternehmer Manegatz, der Vorstandsmittglied des Schutzverbandes ist, bemüht sich, seine Kollegen, die er sonst verächtlich als Schafsköpfe bezeichnete, scharf zu machen; er hat auch den Kollegen, der den Tarif unterzeichnete, gemahregelt. Der Herr, der kein Arg darin findet, dem Deutschen Arbeitgeberverband anzugehören, fühlt sich jetzt plötzlich getroffen, daß der Tarif in deutscher Sprache abgefaßt ist. Er empfiehlt seinen polnischen Kollegen, den Tarif, schon als Protest gegen die Germanisierungsbestrebung, abzulehnen. Es sieht aus, als sollte es ohne ernstlichen Kampf nicht abgehen. Deshalb ist der Bezug unter allen Umständen streng fernzuhalten.

In Südwestdeutschland entwickeln sich die Dinge immer mehr zugunsten unserer Kollegen. Die führende Rolle bei den Arbeitgebern haben zwar immer noch die Frankfurter Scharfmacher, aber die Stimmung in Arbeitgeberkreisen hat sich in den letzten Tagen merklich geändert, und zwar in dem Sinne, daß die Arbeitgeber der verschiedenen Städte es fast haben, nach länger ihrer Haut für Frankfurt zu Marke zu tragen. Die Arbeitgeber in Frankfurt haben bekanntlich immer wieder beschloßen, auszusperrern, ohne eine nennenswerte Zahl Kollegen herauszubringen. So waren am 8. Oktober insgesamt 270 Kollegen ausgesperrt und 116 im Streik. Von der Innung ist am 4. Oktober der Aussperrungsbeschluß erneuert, und zwar ist beschloßen worden, daß denjenigen Arbeitern, welche Kündigung haben, am 6. Oktober gekündigt, während diejenigen, welche keine Kündigung haben, am 9. Oktober entlassen werden sollten. Schluß für am 9. Oktober in neuen Geschäften 22 Arbeiter, während in zwei Betrieben in den dort beschäftigten sechs Kollegen gekündigt wurde.

Die Innung hat also gehalten, was wir uns von ihr versprochen. Die Blamage für den Arbeitgeberverband, die in diesem ewigen Wogen und Nichtausführen liegt, wird nur von diesem nicht begriffen — oder doch?

Wie bereits berichtet, haben nun die meisten Arbeitgeber in Ludwigshafen die Forderungen unserer Kollegen anerkannt, und ist bei diesen die Arbeit wieder aufgenommen. Daß der Arbeitgeberverband versuchen würde, die Meister zur Zurückziehung der Bewilligung zu bewegen, war vorauszusehen. So mußte die Scheiner- und Glaserrinnung sich in einem Aufruf in der bürgerlichen Presse an die „Kundschaft“ wenden und diese ersuchen, den bewilligten Betrieben keine Aufträge zu erteilen. Die Firmen, welche namentlich aufgeführt waren, ließen sich diese Verurteilung aber nicht ruhig gefallen, sondern antworteten, daß, wenn der Arbeitgeberverband nicht hübsch ruhig sein würde, würden sie der Öffentlichkeit mitteilen, wer den Kampf verschuldet hat! Und siehe da, weder Arbeitgeberverband noch Innung mußte etwas zu sagen — weil man fürchtet, daß die Öffentlichkeit erfährt, welche Schiebung der Arbeitgeberverband zu Wege gebracht hat. Dem Beispiel Ludwigshafens ist nun in den letzten Tagen Pforzheim gefolgt. Dort wurden auf Weisung des Arbeitgeberverbandes vor einigen Wochen die Verhandlungen abgebrochen. Unserer Zahlstelle wurde von der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes geschrieben: Die Verhandlungen in Pforzheim werden solange inhibiert, bis der Holzarbeiterverband mitgeteilt hat, daß er zu Verhandlungen über Frankfurt bereit ist; also auch für Frankfurt abgeschlossen ist. Auf Veranlassung des Gewerbegerichts fand dann eine unverbindliche Aussprache zwischen den Ortsparteien statt. Die beiderseitigen Kommissionen einigten sich auf eine Lohnerhöhung von 5 Pf. in drei Raten und entsprechender Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Vereinbarung wurde von der Meisterversammlung abgelehnt, am anderen Tage aber von den einzelnen Meistern unterschrieben anerkannt. Auch der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes und der Innungsoberrmeister unterschrieben den Vertrag und legten ihre Ämter nieder. Bis zum 9. Oktober hatten 33 Meister den Vertrag unterschrieben und nur drei Arbeitgeber mit insgesamt 15 Mann weigerten sich noch. Da in Pforzheim rund 200 Kollegen

bei der Bewegung in Frage kommen und nur noch sieben Kollegen im Streik stehen, ist dieser so gut wie erledigt. In Mannheim und Heidelberg nehmen die Meister noch eine abwartende Stellung ein. Auf Veranlassung des Herrn Dr. Hiller, Gewerbeichter in Frankfurt, fand eine verbindliche Aussprache zwischen den Parteien statt. Ob es zu Verhandlungen kommen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Dieses hängt von den Arbeitgebern ab.

**Ausland.**

In London ist, wie der Parteipresse durch die englische Gewerkschaftszentrale mitgeteilt wird, ein Tischlerstreik ausgebrochen, weshalb vor Bezug gewarnt wird. Eine direkte Mitteilung über den Streik ist weder uns noch dem Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter zugegangen.

**Aus der Holzindustrie.**

**Vertragstreue.**

Die „Fachzeitung“ schwelgt in Wonne; sie hat wieder zwei Fälle angeblicher Vertragsverletzung durch Mitglieder des Holzarbeiterverbandes erfahren, die sie mit großer Befriedigung zur Kenntnis ihrer Leser bringt. Nun haben wir nie bestritten, daß sich mitunter auch Arbeiter Verstöße gegen Vertragsbestimmungen zuschulden kommen lassen. Aber diese Verstöße werden von den Organen unseres Verbandes auf das entschiedenste beurteilt und stets in entsprechender Weise gerügt. Anders ist es bei den Unternehmern; auf jener Seite sind die Vertragsverletzungen so zahlreich, daß der Raum unseres Blattes nicht ausreichen würde, wollten wir alle Fälle registrieren. Und dazu kommt, daß der Einfluß des Schutzverbandes nicht so weit reicht, daß er es wagen dürfte, die vertragsbrüchigen Mitglieder zur Ordnung zu rufen. Oft genug sieht er sich genötigt, für vertragsbrüchige Unternehmer Partei zu ergreifen, ganz abgesehen von den Fällen, wo er seine Mitglieder direkt zum Vertragsbruch veranlaßt hat. Mit der gelegentlichen Vorführung von Fällen angeblichen Vertragsbruches durch die Arbeiter läßt sich also die Tatsache, daß die Vertragstreue der Unternehmer noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, nicht aus der Welt schaffen.

Wir haben hier mit Vorbedacht von angeblichen Fällen von Vertragsverletzung durch die Arbeiter gesprochen, denn tatsächlich liegt in den Fällen, welche die „Fachzeitung“ ins Feld führt, gar keine Vertragsverletzung durch die Arbeiter vor, wie aus der nachstehenden Darstellung des Sachverhalts ersichtlich ist.

Die „Fachzeitung“ macht den Arbeitern der Firma Eggert in Burg bei Magdeburg „doppelten Vertragsbruch“ zum Vorwurf und sagt, es sei ihnen in den Verhandlungen „klipp und klar bewiesen“, daß Streikarbeit (diese war die Ursache der Arbeitsniederlegung) überhaupt nicht vorgelegen habe. Gegenüber dieser groben Verdrehung der Tatsachen stellen wir folgendes fest: In der Verhandlung in Gegenwart der Zentralvorstandsvertreter Leipart und Fobbe führte der Ortsvorsitzende des Arbeiterschutzesverbandes, Herr Maniuth, aus: Herr Eggert sei vor der Uebernahme der fraglichen Arbeit zu ihm gekommen und habe ihn gefragt, ob er die Arbeit übernehmen könne, oder ob es wohl Streikarbeit sei. Und Herr Eggert selbst erklärte: Er habe die Zeichnungen zu den Arbeiten aus dem Grunde mit dem falschen Signum versehen, weil er sich gesagt hätte, es würde sonst doch Streit geben können. Um einen Streit mit seinen Arbeitern zu verhüten, habe er das Signum geändert. Hierauf wurden die beiden Herren von unserem Kollegen Leipart sofort festgenagelt mit der Konstatierung, daß diese beiden Erklärungen die Sache völlig klar gestellt hätten und gar keinen Zweifel darüber ließen, daß Herr Eggert selber die Arbeiten von vornherein als Streikarbeit aufgefaßt habe. Für die Richtigkeit dieser unserer Darstellung rufen wir Herrn Fobbe als Zeugen auf. Ebenso hin-fällig ist der Vorwurf des Vertragsbruches, der übrigens in den Verhandlungen selbst gegen die Arbeiter im Ernst gar nicht erhoben worden ist. Die Sache lag ja auch so, daß der Meister mit der Entlassung der Arbeiter schon begonnen hatte, statt seinerseits die Schlichtungskommission anzurufen. Mit Recht betonte Kollege Leipart in der Verhandlung, daß die Pflicht zur Anrufung der Schlichtungskommission unter allen Umständen auch dem Arbeitgeber durch den Vertrag auferlegt sei, und nicht etwa nur den Arbeitern. Wie wenig die Arbeiter in diesem Falle bei der Verhandlung selbst von den Arbeitgebern als „doppelt vertragsbrüchig“ angesehen worden sind, beweist der Umstand, daß keiner von ihnen etwas dagegen einzuwenden hatte, als unsere Kollegen nach stattgefundener Sonderberatung mit der Erklärung zurückkehrten: „Wir sehen den Vertragsbruch des Herrn Eggert unter der Bedingung als erledigt an, daß er den entlassenen Kollegen wieder einstellt usw.“ (Siehe unseren Bericht in Nr. 37.)

Auch bezüglich des Falles in Bremen entspricht die Schilderung der „Fachzeitung“ durchaus nicht den wirklichen Tatsachen. Wir müssen uns jedoch vorbehalten, auf diesen Fall in der nächsten Nummer zurückzukommen, wenn die von uns erbetenen Informationen vorliegen.

**Wäuten am Wege.** Der „Arbeiterschutzesverband für das deutsche Holzgewerbe“ ist bekanntlich peinlichst bestrebt, den Stand seiner Finanzen, der Öffentlichkeit gegenüber, zu verheimlichen. Dagegen wird immer wieder versucht, den Holzarbeiterverband als nahezu bankrott hinzustellen.

Herr Koch-Düsseldorf, die rechte Hand des Herrn Siebel und Vertreter desselben, wenn ihm der Kassierer ausrückt, der ja auch sonst bei den verschiedenen Gelegenheiten den Mund recht voll nimmt — wir erinnern nur daran, daß er die Arbeitgeber in Rheinland-Westfalen für einen Kampf mit dem Holzarbeiterverband immer wieder als besonders geeignet bezeichnet, den Elberfelder Meistern aus diesem Grunde bei der letzten Tarifbewegung den Rat gab, ja nichts zu bewilligen und sich entschieden dagegen verwahrt, daß man etwa Düsseldorf, entsprechend der Städteaffektation, zumuten könnte, die Arbeitszeit zu verkürzen — prophezeit sogar, daß der Holzarbeiterverband auf lange Zeit hinaus sich finanziell nicht erholen wird. „Die Kassen des Holzarbeiterverbandes sind leer,“ sagt Herr Koch, trotzdem unsere Abrechnungen vierteljährlich veröffentlicht werden. Ob die Auffstellung derselben von Herrn K. nicht verstanden wird, oder ob er das Exemplar der „Holzarbeiterzeitung“, das er abonniert, zur weiteren Fortbildung der übrigen Mitglieder des Schutzverbandes ungelesen weiter gibt, ist uns nicht bekannt. Herr Koch würde aber gut tun, sich etwas mehr um die Finanzen des Schutzverbandes zu kümmern, anstatt sich wegen der Finanzen des Holzarbeiterverbandes den Kopf zu zerbrechen. Die Herren vom Schutzverband wissen, daß wir die nötigen Mittel für den Kampf noch immer mit leichter Mühe aufgebracht haben. Dieses trifft auch für den Kampf im Jahre 1907 zu.

Anders liegen aber die Dinge beim Schutzbund. Dort wurde im Jahre 1907 der Bettelack nicht allein bei den eigenen Mitgliedern ge-

schungen, sondern insbesondere die Großbetriebe anderer Industrien wurden in der ekelhaftesten Weise um „milde Gaben“ angebettelt. Außerdem gelang es Herrn Rahardt „mit vieler Mühe“, beim Verein der Arbeitgeberverbände die Summe von 265000 M. als Extraausstattung los zu machen. Allerdings unter anderem unter der Bedingung, daß man die einzelnen Mitglieder der angeschlossenen Verbände nicht weiter notzuchtigen würde. Die Herren vom Schutzbund haben die gestellten Bedingungen nicht erfüllt, wofür dann Herr Rahardt gehörig abgebürstet worden ist.

Der Holzarbeiterverband hat weder das eine noch das andere nötig gehabt, sondern die nötigen Mittel allein aufgebracht! — Wir raten Herrn Koch daher, sich seinen Kopf wegen der eigenen Dinge zu zerbrechen.

Als verfolgte Anschuld hat ein früheres Mitglied unseres Verbandes, der Stuhlauer Hilbig, Unterschluß in der „Eiche“ gefunden. H. ist aus dem Verbandsausgeschlossen und reibt sich nun in einem Flugblatt an dem Verbandsausgeschlossen und seinen Einrichtungen. Auf das Geschreibsel einzugehen, verlohnt nicht, da aus jeder Zeile desselben die Querulierei herausleuchtet. Für die „Eiche“ ist dies aber ein gefundenes Fressen. Sie vergiebt sich der Schleichheit der Verbändler Kränzen. Sie mag sich beruhigen. Es liegt kein Grund zur Aufregung vor. Es ist nämlich nicht wahr, daß H. von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle geht und ihm die Existenz unterbunden wird. Wahr ist nur, daß die Kollegen des H. sich wegen dessen unkollegialen Verhaltens weigerten, mit ihm zusammen zu arbeiten und ihm auf die Sprünge halfen, als er

in Naumburg während eines dortigen Streiks als Arbeitswilliger fungierte. Sonst ist H. seinen früheren Kollegen herzlich gleichgültig.

„Einen Akt böswilliger und bewusster Verleumdung“ nennt die Hirsch-Dunker'sche „Eiche“ unsere in Nr. 40 der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschienene Notiz mit der Stichmarke „Streikbrecher gesucht?“, in welcher wir auf die befremdliche Erscheinung hinweisen, daß in der „Eiche“ in derselben Nummer Schreiner nach Südwestdeutschland gesucht werden, in welcher das Blatt vom dem Beschluß der Unternehmer Notiz nimmt, die Schreiner in Süd- und Westdeutschland auszusperrten. Dabei muß das Organ des Gewerkevereins selbst zugestehen, daß die Sache nicht in Ordnung ist. Das schon in Nr. 37 der „Eiche“ abgedruckte Inserat sei für die Nr. 38 inhibiert worden und nur durch ein Versehen der Druckerei ist es in der Nr. 39 wieder erschienen.

Wenn man selbst zugeben muß, daß der Abdruck des Inserats inoffiziell war, dann sollte man sich doch hüten, die Registrierung dieser Inoffiziellität mit solchen starken Ausdrücken zu quittieren; um so mehr, als sich die „Eiche“ doch sonst gern in der Rolle der Hüterin des guten Tonus gefällt.

Wir wollen übrigens bei dieser Gelegenheit konstatieren, daß unser Vorstand, infolge eingegangener Beschwerden, beim Vorstand des Gewerkevereins um Aufklärung gebeten hat, als das Inserat in Nr. 37 der „Eiche“ erschienen war. In der erteilten Antwort wurde vom Vorstand des Gewerkevereins versichert, daß jede Befürchtung, als ob es sich darum handle, die bestreikten Werkstätten mit neuen

### Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das zweite Quartal 1909.

Einnahme	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Gesamt		Ausgabe	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Gesamt	
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Rassenbestand vom vorigen Quartal . . . . .	1 475 735	20	367 258	28	1 842 993	48	Reiseunterstützung . . . . .	86	58	36 882	46	36 969	04
Beitrittsgeld . . . . .	28	—	5 237	50	5 265	50	Arbeitslosenunterstützung . . . . .	145	70	161 098	40	161 244	10
Beiträge . . . . .	3 409	70	778 090	25	781 499	95	Streikunterstützung . . . . .	—	—	151 140	52	151 140	52
Extrabeiträge . . . . .	10	11	10 744	90	10 755	01	Krankunterstützung . . . . .	244	75	149 198	18	149 487	93
Zins aus Kapitalen . . . . .	10 224	11	—	—	10 224	11	Gemäßregeltenunterstützung . . . . .	24	—	12 384	04	12 388	04
Sonstiges . . . . .	82	07	1 758	82	1 840	89	Unterstützung in Sterbefällen . . . . .	140	—	14 567	50	14 707	50
Guthaben der Lokalkassen fürs 3. Quartal 1909 . . . . .	—	—	50 853	83	50 853	83	Umgangsunterstützung . . . . .	1 484	18	10 454	44	11 888	57
Zuschuß aus der Hauptkasse . . . . .	—	—	123 726	85	123 726	85	Notfallunterstützung . . . . .	—	—	2 917	50	2 917	50
Von Zahlstellen eingesandt . . . . .	203 527	40	—	—	203 527	40	Rechtsschutz . . . . .	—	—	3 613	04	3 613	04
							Agitation . . . . .	8 774	55	2 766	65	37 024	—
							an die Gauvorstände . . . . .	30 482	80	—	—	19 130	—
							Für die Holzarbeiterzeitung . . . . .	19 130	—	—	—	19 130	—
							Gleichheit, Oswiata und L'Operaio						
							„italiano“ . . . . .	709	50	—	—	709	50
							Gehälter und Entschädigungen . . . . .	11 917	89	—	—	11 917	89
							Druck, Buchbinderarbeiten, Marken und						
							Stempel . . . . .	18 405	20	—	—	18 405	20
							Schreib- und Packmaterial . . . . .	157	40	—	—	157	40
							Porto . . . . .	1 528	28	—	—	1 528	28
							Bureaumiete, Reinigung und Beleuchtung . . . . .	3 199	86	—	—	3 199	86
							Bureaubedarf und Dienstleistungen . . . . .	1 014	40	—	—	1 014	40
							Sonstige Ausgaben . . . . .	3 838	46	483	69	3 817	15
							Unkosten der Rentalkommissionen . . . . .	504	11	—	—	504	11
							Unkosten im Bankverkehr . . . . .	653	58	—	—	653	58
							20 Prozent Anteil der Lokalkassen . . . . .	—	—	155 613	60	155 613	60
							Guthaben der Lokalkassen vom vorigen Quartal						
							Streikunterstützung außerhalb des Verbandes						
							An das Fachblatt . . . . .	2 000	—	—	—	2 000	—
							An die Zahlstelle Mainz zurückgezahletes						
							Depot . . . . .	10 000	—	—	—	10 000	—
							An die Hauptkasse eingesandt . . . . .	—	—	203 527	40	203 527	40
							An Zahlstellen gesandte Zuschüsse . . . . .	123 726	85	—	—	123 726	85
							Bestand für nächstes Quartal . . . . .	1 463 903	37	1 365 141	01	1 829 044	38
							Summa . . . . .	1 693 016	59	1 337 670	43	3 030 687	02

**Ab sch l u ß.**  
 Gesamteinnahme . . . . . 860 439,29 M.  
 Gesamtausgabe . . . . . 874 388,89 „  
 Mehrausgabe . . . . . 13 949,10 M.  
 Fritz König, Kassierer.  
 Revidiert und für richtig befunden:  
 Die Revisoren: Karl Klingner, Felix Leopold.

Am Schlusse des zweiten Quartals 1909 zählte der Verband 814 Zahlstellen, das ist eine mehr als im ersten Quartal 1909 und 17 mehr als im zweiten Quartal 1908.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des zweiten Quartals 147 673, davon waren 144 667 männliche, 2899 weibliche und 107 jugendliche Mitglieder. Gegen das erste Quartal ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 2897, die der jugendlichen um 12 gestiegen, die Zahl der weiblichen Mitglieder ist um 102 zurückgegangen. Gegenüber dem zweiten Quartal 1908 ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 878, die der jugendlichen um 63 gestiegen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist in derselben Zeit um 360 zurückgegangen. Die Gesamtzunahme beträgt gegenüber dem ersten Quartal 1909: 3207 und gegenüber dem zweiten Quartal 1908: 593 Mitglieder. Dieser erfreuliche Fortschritt wird sicherlich ein Ansporn sein für alle Kollegen, in der weiteren Agitation nicht zu erlahmen.

Von den größeren Zahlstellen hatten nachfolgende den beigefügten Mitgliederzuwachs zu verzeichnen: Gütrow 17, Rastod 39, Breslau 116, Görlitz 39, Gerischdorf 17, Regnitz 25, Pottbus 50, Frankfurt a. O. 32, Landsberg a. W. 17, Spandau 30, Pausen 28, Dresden 191, Birna 21, Mies 35, Schandau 30, Rittau 28, Chemnitz 52, Vera 29, Johannegeorgenstadt 15, Leipzig 191, Würfel 17, Frankenhäuser 35, Göttha 59, Mühlhausen i. Th. 19, Braunschweig 67, Halle 47, Magdeburg 33, Sangerhausen 16, Stendal 21, Bernigerode 18, Burgdam 15, Flensburg 21, Garburg 21, Jhehoc 21, Lübeck 15, Oldenburg 39, Bielefeld 26, Hannover 60, Herford 20, Münster 30, Oeynhaus 49, Bochum 15, Bonn 29, Dortmund 36, Düsseldorf 73, Duisburg 36, Elberfeld 40, Essen 44, Köln 63, Koblenz 21, Darmstadt 47, Frankfurt a. M. 77, Seidelsberg 23, Pösch 39, Kellheim 18, Wiesbaden 41, Worms 31, Regensburg 24, Augsburg 30, Rempten 15, Freiburg i. B. 55, Seilbronn 24, Mühlhausen i. Gf. 32, Stuttgart 187.

Gingegen hatten nachfolgende Zahlstellen einen Mitgliederzurückgang zu verzeichnen:  
 Königsherg 25, Stolp 25, Rosen 19, Schönlanke 16, Geringswalde 18, Obernhan 20, Altenburg 20, Eisenberg 16, Frankenberg 27, Eisenach 27, Lauterberg 52, Cöthen 15, Delmstedt 21, Bremen 58, Mannheim 22, Fürth 61, Nürnberg 427, Karlsruhe 28, Straßburg 25.

Neu aufgenommen wurden in diesem Quartal 10 407 (9058 im zweiten Quartal 1908) männliche, 271 (294) weibliche und 39 (13) jugendliche, zusammen 10 717 Mitglieder. Gegen das erste Quartal 1909 sind dies 2052, und gegen das zweite Quartal 1908 1352 Aufnahmen mehr.

Die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge betrug in diesem Quartal 781 499 M., im vorausgegangenen Quartal 753 485 M. und im zweiten Quartal 1908 774 512 M.

Von den männlichen Mitgliedern wurden 1 546 082 Beiträge, von den weiblichen Mitgliedern 32 740 Beiträge und von den jugendlichen Mitgliedern 1135 Beiträge entrichtet. Hiernach entfallen auf das einzelne männliche Mitglied 10,7 Beiträge, gleich 82,3 Proz. des Vollbeitrages, auf das einzelne weibliche Mitglied 11,3 Beiträge, gleich 86,9 Proz. des Vollbeitrages, und auf das einzelne jugendliche Mitglied 10,7 Beiträge, gleich 82,3 Proz. des Vollbeitrages.

Unter den Ausgaben des zweiten Quartals steht die Arbeitslosenunterstützung mit 161 244 M. (gegen 318 890 M. im ersten Quartal 1909 und 219 094 M. im Vergleichsquarteral des Jahres 1908) an erster Stelle. Gegen das erste Quartal ist dieselbe um 157 646 M., gleich 49,4 Prozent, und gegen das zweite Quartal 1908 um 57 850 M., gleich 26,4 Proz., zurückgegangen. Die Streikunterstützung ist von 38 703 M. im ersten Quartal auf 151 140 M., gleich 76,7 Proz., die Umgangsunterstützung von 6341 M. im ersten Quartal auf 11 888 M., gleich 46,7 Proz., die Reiseunterstützung von 22 209 M. im ersten Quartal auf 36 969 M., gleich 39,9 Proz., gestiegen.

Von der Reiseunterstützung entfallen 3342 M. (4188 M. im Vorjahre) auf die Aufenthaltunterstützung, welche an 2870 Empfänger gezahlt wurde, und zwar an 169 je für drei Tage, an 634 je für zwei Tage, und an 2067 je für einen Tag. Hierbon kommen auf Berlin 294, Breslau 27, Dresden 141, Hamburg 291, Köln 225, Leipzig 240, München 242, Bremen 162, Chemnitz 53, Düsseldorf 197, Elberfeld 55, Frankfurt a. M. 252, Halle 68, Hannover 255, Königsherg 6, Magdeburg 58, Nürnberg 87, Stettin 37, Straßburg 21 und Stuttgart 159 Empfänger.

Der Abschluß des Quartals ergibt eine Mehrausgabe von 13 949 M. und einen Kassenbestand für das dritte

Quartal von 1 829 044 M. Die Lokalkassen erhöhten ihren Kassenbestand auf 1 255 293 M.

Anschließend bringen wir wieder eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der

#### Lokalkassen im zweiten Quartal 1909.

Einnahmen:	
Kassenbestand vom ersten Quartal 1909 . . . . .	M. 1 203 068,29
20 Prozent der Verbandsbeiträge . . . . .	155 613,60
Lokalbeiträge . . . . .	873 079,95
Einnahmen für Vergütungen . . . . .	2 988,05
Sonstige Einnahmen . . . . .	20 648,41
Guthaben von der Hauptkasse . . . . .	67 987,—
Zusammen . . . . .	M. 1 823 315,30
Ausgaben:	
Lokalunterstützung an Reisende . . . . .	M. 7 547,26
„ „ „ Arbeitslose . . . . .	86 622,18
„ „ „ Streikende . . . . .	113 799,88
„ „ „ Kranke . . . . .	55 180,91
„ „ „ Gemäßregelte . . . . .	6 212,74
in sonstigen Fällen . . . . .	17 102,97
Für Extrabeiträge an die Hauptkasse . . . . .	10 298,—
„ „ „ Streiks anderer Gewerkschaften . . . . .	403,70
„ „ „ Agitation, Vorträge usw. . . . .	18 983,55
Verwaltungskosten, persönliche . . . . .	94 200,08
sachliche . . . . .	40 066,30
Beiträge an Kartelle und Sekretariate . . . . .	19 788,35
Ausgaben für Vergütungen . . . . .	4 155,58
Sonstige Ausgaben . . . . .	42 856,56
Guthaben bei der Hauptkasse . . . . .	50 853,88
Gesamtausgabe . . . . .	M. 563 021,89
Kassenbestand für das dritte Quartal 1909:	
Angelegt . . . . .	M. 1 086 472,67
In bar . . . . .	168 820,74
Zusammen . . . . .	M. 1 255 293,41

Berlin, den 6. Oktober 1909.

Der Verbandsvorstand.

Arbeitskräften zu befehen, unbegründet sei. Als voll befriedigend konnte diese Auskunft nicht angesehen werden, da die Vermittlung von Arbeitskräften nach einem Streikgebiet, selbst dann, wenn sie in gutem Glauben geschieht, einen eigenen Beigeschmack hat.

Mitgang der Löhne in der Holzindustrie Südwestdeutschlands. Im Jahre 1908 ist der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der im Bezirk der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft beschäftigten Arbeiter nicht unerheblich gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Dem Bericht entnehmen wir noch, daß im Jahre 1908 2052 Unfallanzeigen erstattet wurden, gegen 2252 im Jahre 1907. Von diesen wurden 766 (im Vorjahr 821) Fälle entschädigungspflichtig. Unfälle mit tödlichem Ausgang waren wie im Vorjahr 20 zu entschädigen.

Kongress der französischen Möbelerbeiter. In den Tagen vom 26. bis 28. September fand in Tours der 6. Landeskongress des französischen Möbelerbeiterverbandes statt, an welchem auch Kollege Leibart in seiner Eigenschaft als Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter teilgenommen hat.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in Schweden.

Wir haben schon in der vorigen Nummer berichtet, daß die von der Regierung unternommene Verständigungsaktion gescheitert ist. Ueber die Differenzpunkte, die zum Scheitern der Verhandlungen führten, wird jetzt bekannt, daß die Arbeitervertreter die von den Vergleichsbeamten vorgeschlagenen Lohnreduktionen, die im Schneidergewerbe bis zu 6 Kronen wöchentlich betragen sollten, ablehnten.

Andererseits die Unternehmer. Sie lehnten die von den Vergleichsbeamten ausgearbeitete Vorlage strikte ab und legten einen eigenen Entwurf vor, von dessen Annahme durch die Arbeiter sie die Beendigung des Kampfes abhängig machten. Dieser Entwurf war jedoch für die Arbeiter unannehmbar, was ohne weiteres begreiflich ist, wenn man einige seiner Bestimmungen betrachtet.

Das Landessekretariat mußte diese Vorlage um so mehr ablehnen, als es gar nicht befugt ist, solche Be-

stimmungen, die für alle Gewerkschaften bindend wären, zu vereinbaren. Die Arbeitervertreter machten deshalb den Vorschlag, die Beratung der Verhandlungsordnung bis nach dem Gewerkschaftskongress, der im November zusammentritt, zu vertagen.

Angeichts der durch das Scheitern der Verständigungsaktion geschaffenen Lage haben sich die Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen von Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland am 2. und 3. Oktober zu einer Beratung über die nun einzuschlagende Taktik in Stockholm zusammengefunden. Das Ergebnis dieser Beratung war ein Beschluß, der dahin geht, den Kampf auf die Zelluloseindustrie, die Gruben- und Sägewerke zu konzentrieren, da in diesen Industrien die treibenden Kräfte des Arbeitgeberverbandes stecken.

Die Zahl der Streikenden ist infolge der veränderten Taktik stark heruntergegangen. Nach einer offiziellen Zählung sollen noch 65 000 Mann ausständig sein, doch sind die offiziellen Zahlen gewöhnlich zu niedrig angenommen. Die Hoffnung, daß es mit der neuen Taktik gelingt, den übermütigen Arbeitgeberverband niederzuzwingen, ist durchaus begründet; Voraussetzung hierfür ist natürlich, daß die internationale Unterstützungsaktion ihren Fortgang nimmt.

Arbeitslosigkeit im Monat September 1909.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Unterstützung haben erhalten. Rows list various regions like Danzig, Glatz, Breslau, etc., and months from September 1909 to December 1908.

Die Zahlstellen, welche nicht berichtet haben, sind: Biskow, Greifswald, Lassan, Sahnitz, Schivelbein, — Schmiedeberg, Strehlen, Zabrze, — Freienwalde, Werder, Wittstorf, Zehdenick, — Worna, Rummelsdorf, Neustädte, Wollfenstein, — Eisenach, Marienroda, Triptis, — Helmstedt, Staffurt, — Brake, Schleswig, Segeberg, — Bodenem, Heßen, — Duisburg, Fierlohn, Schwerte, — Diedenhofen, Oberstein, Pirmasens, — Wilhelmsdorf, — Mindelheim, Pfarrkirchen, — Ludwigsburg, Dos, Reichenbach a. d. S. und Tübingen.

Table showing comparison of unemployment numbers for the last days of the month for various months from January to December, comparing 1905, 1907, and 1909.

Wie mit den arbeitslosen Tabakarbeitern Schindler gespielt wird. Mit der Auszahlung der den arbeitslosen Tabakarbeitern zustehenden Unterstützung aus dem Viermillionenfonds haben es die Regierungsorgane gar nicht eilig. Es scheint fast, als wollte man die unterstützungsberechtigten Arbeiter durch die ihnen zugesagte Behandlung veranlassen, auf ihren Anspruch zu verzichten.

Das Wort „Streikbrecher“ ist keine Beleidigung. Jemand ein Kumpan aus der edlenunft der Streikbrecher hatte sich beleidigt gefühlt, weil er mit dem ihm zukommenden Namen bezeichnet worden war.

Amtsgericht Hamburg. In Privatklagesachen... Privatklägers, gegen... Beschuldigten, beschließt das Amtsgericht durch den Amtsrichter... Der Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens wird abgelehnt; der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens.

Für einen Arbeiter, der auf die Erhaltung seines ehrlichen Namens bedacht ist, ist natürlich die Bezeichnung Streikbrecher nichts weniger als ein Lob. Aber wer sich zu so verächtlichem Tun hergibt, hat keinen Grund, sich beschwert zu fühlen, wenn er als das bezeichnet wird, was er ist.

